

Dr. Kristin Brinker

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Strategische Vision

für

Berlin

-

**Von der Armuts- zur
Hauptstadt des Wohlstands**

(Stand 05.02.19)



AfD wirkt ...



Foto: Hanack

Lasten der Vergangenheit – Notwendigkeiten der Gegenwart – Unwägbarkeiten der Zukunft meistern

Haushaltpläne sind Politik in Zahlen

Lasten der Vergangenheit

Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung

Berlin hat eine Verschuldung von 58 Mrd. Euro (46 % vom BIP). Dazu kommen noch mindestens 40-50 Mrd. Euro Pensionsverpflichtungen.¹ Eine Verschuldung von 19 Prozent vom BIP ist der Durchschnitt der Bundesländer und kann als tragfähiges Niveau angesehen werden. Die Schuldenbremse ist im Grundgesetz nur Allgemein geregelt. Die Länder haben - abweichend vom Bund - Möglichkeiten zu strenger oder weniger strenger Konkretisierung. Die AfD möchte eine strenge aber realistische Ausgestaltung (ja zu Konjunktur- und Notfall-Ausnahmen, aber dann nur nach 2/3-Zustimmung; keine Kredite für Sondervermögen; Definition von finanziellen Transaktionen in einfachem Gesetz).²

Notwendigkeiten der Gegenwart

SIWANA-Änderungsgesetz

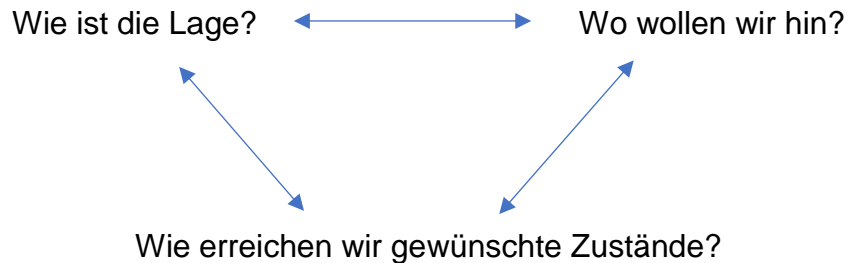
Unser Antrag sah drei Punkte vor: a) eine Konkretisierung des Zwecks des Sondervermögens, ergänzt um den Punkt Sicherheitsinfrastruktur, b) ein Verbot der Vergabe von Inneren Darlehen aus dem Sondervermögen sowie c) eine neue Verteilregel für den Jahresüberschuss. Dies soll sicherstellen, dass die SIWANA-Gelder tatsächlich für ihren Zweck verwendet werden und im Bedarfsfall tatsächlich zur Verfügung stehen. Die Verteilung möglicher Jahresüberschüsse soll den Bedürfnissen nach Schuldenkonsolidierung, Investitionen in die Wachsende Stadt und nach Bildung eines Nachhaltigkeitsfonds gleichermaßen gerecht werden. Hierzu bedarf es zunächst einer Übersicht über den „Gesamten Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf der Öffentlichen Finanzwirtschaft Berlins“ und der Erstellung einer Generationenbilanz, die u.a. auch die „fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung“ adäquat berücksichtigt.

¹ Berliner Morgenpost vom 02.01.18, S.1,2 und 12: Pensionslasten in Berlin steigen weiter - Die Ausgaben für ehemalige Beamte des Landes erhöhen sich. Zu allem Überfluss fehlt dem Berliner Senat der Überblick.

² Berliner SPD denkt schon laut über die Abschaffung der Schuldenbremse nach. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/vor-der-klausurtagung-des-parteivorstands-berliner-spd-linke-will-rot-rot-gruen-im-bund/19497528.html> Durch Verankerung in Landesverfassung wäre dem ein Riegel vorgeschoben. Abgeordnete könnten beim Landesverfassungsgericht sogar gegen Verstöße klagen.

Unwägbarkeiten der Zukunft

Ohne ausreichende Informationsbasis keine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik möglich



Strategische Vision

„Berlin soll von der Armuts- zur Hauptstadt des Wohlstands werden“

1. Sachstandsanalyse:

- Nur 3-5 Prozent des 29 Mrd. € Berliner Haushaltes (0,8 bis 1,3 Mrd. €) sind **flexibel gestaltbar**, der Rest ist weitestgehend fix (Transferausgaben, Personalkosten, etc.). Zukünftig starke strukturelle Mehrbelastungen durch Pensionswelle bei Beamten und Folgen „ungesteuerter Migration“
- 2003 verfassungswidriger Haushalt, 2006 extreme Haushaltsnotlage³, 2009 Konsolidierungsvereinbarung mit Bund, **Konsolidierungspfad** bis 2016 mit Hilfe der EZB-Niedrigzinspolitik und hoher Steuern umgesetzt, seit 2012 sogar Haushaltsüberschüsse, Verwendung für Schuldentilgung und seit 2015 für Investitionsfond SIWA/SIWANA
- **Mit Rot-Rot-Grün ist Handlungsspielraum bedroht:** Zerstörung der Fähigkeit zum ausreichenden Konsolidieren und Investieren durch Steigerung konsumtiver Ausgaben und der Ignorierung zukünftiger Lasten
- 2016 bei offiziell **80 Tsd. Asylbegehrenden** direkte Ausgaben von 1,3 Mrd. €, davon **800 Mio. € Berlin**, Rest beim Bund. Im selben Jahr nur Tilgung von 101 Mio. €. Für 2017 plante der Senat mit 800 neuen Asylbegehrenden pro Monat und einem **Familiennachzug von 1,6 Personen** je anerkanntem Flüchtling
- Die **Schwächen der Erweiterten Kameralistik** werden bei der von der AfD angeforderten Darstellung des »Gesamten Erhaltungs- und Erweiterungsin-

³ FAZ, 26.04.06, Berlins Weg nach Karlsruhe 2,6 Milliarden Euro Zinsen im Jahr;
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/berlins-weg-nach-karlsruhe-2-6-milliarden-euro-zinsen-im-jahr-1328747.html>

vestitionsbedarfes der Öffentlichen Finanzwirtschaft Berlins gemäß Schalenkonzept«⁴ sichtbar. Ein Ausweg wäre die konsequente Erweiterung der Kameratechnik um **doppische Instrumente**, also um gängige ressourcenorientierte Rechnungslegungsansätze

- Rolle und **Funktion des Landesrechnungshofes**, u.a. bei Prüfung landeseigener Unternehmen
- Hinterfragung von Finanzierungsgesellschaften, Vorkaufsrechten und möglicher Implementierung von Schattenhaushalten
- Anfragen, Berichtsaufträge, Befragungen (*Siehe Anhang*)

2. Planungs- und Kontrollmethoden verbessern, Verantwortungsstrukturen verstärken

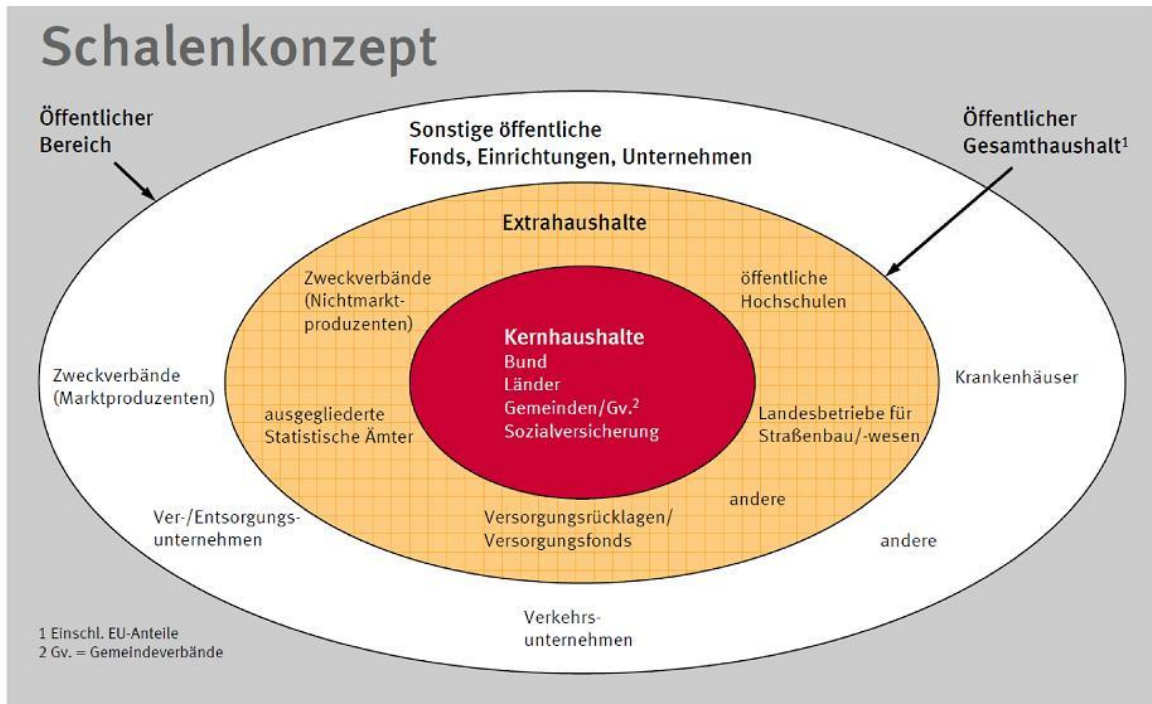
- Moderne Rechnungslegungsmethoden
z.B. systematische Anlagenbuchhaltung
- Betriebsprüfungsrechte des Landesrechnungshofes auf Beteiligungsunternehmen ausdehnen
- Landesrechnungshof soll in seiner Beratungsfunktion auch Großprojekte, wie z.B. die Offenhaltung Tegels, vorab in ihrer Wirtschaftlichkeit prüfen dürfen
- Schuldenbremse in Landesverfassung verankern, damit Verstöße justiziabel
- Amtsträgerhaftung einführen

3. Erste Schritte hin zur Vision der AfD

- Anträge zum SODA- und SIWANA-Gesetz
- Antrag zur Senkung der Grunderwerbssteuer
- Ablehnung der Erhöhung der Zweitwohnungssteuer
- Änderungsanträge zum Haushalt NH_17, DHH_18_19, NH_18_19
- Antrag zur Aufklärung des Skandals „Pädophile Pflegeeltern“
- Antrag Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
- Bejahung der Forderungen des Berliner Rechnungshofes
- Engagement für Offenhaltung Tegels
- Antrag Gutachten zur Höhe der Pensionsverpflichtungen nach Standards staatlicher Doppik jährlich erstellen

⁴ Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) – Gesamtübersicht (RN 266 A-C).

Neben dem Kernhaushalt auch Extrahaushalte und sonstiger Öffentlicher Bereich



Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen

Zusätzliche Überwachung des übrigen Öffentlichen Bereiches u.a. durch die Unterausschüsse Beteiligungsmanagement und Vermögensverwaltung

-

Dreimonatige Beratung des Doppelhaushaltes 2018/2019 ist Ende Dezember 2017 zu Ende gegangen. Es wurde über einen jährlichen Haushalt von 29 Mrd. Euro verteilt über 18 Einzelpläne, enthalten in 14 Bänden mit über 3 Tsd. Seiten, beraten. Nach vielschichtiger Analyse kam die AfD zu dem Schluss ...

„Der Doppelhaushalt 2018 2019 ist nicht nachhaltig und an den entscheidenden Stellen intransparent und daher abzulehnen!“

(Dr. Brinker, 14.12.17)*

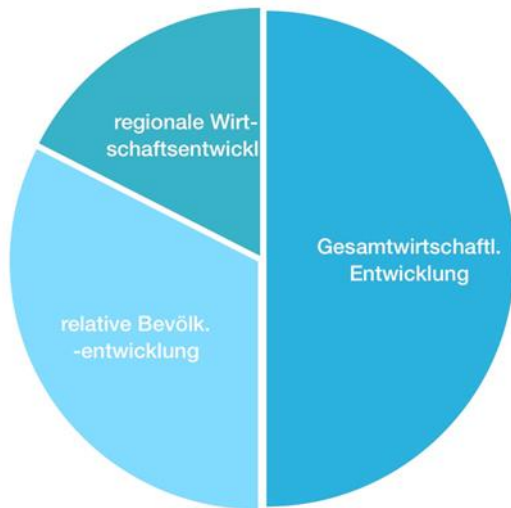
Am Anfang des Jahres stand die Verteilung des 2,2 Mrd. Euro Jahresüberschusses 2017 und die Bestückung des SIWANA-Haushaltes 2018 an. Hierbei galt es zu beachten ...

„Wer bestimmen will, wo er hinwill, sollte wissen, wo er steht und wo er herkommt. [...] Um [...] vernünftige Entscheidungen treffen zu können, ist die Erfassung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Berlins unerlässlich.“

(Dr. Brinker, 14.12.17)*

* Rede Dr. Kristin Brinker, 19. Plenarsitzung, 2. Lesung Doppelhaushalt 18/19, Plenarprotokoll 18/19, S.2138f.

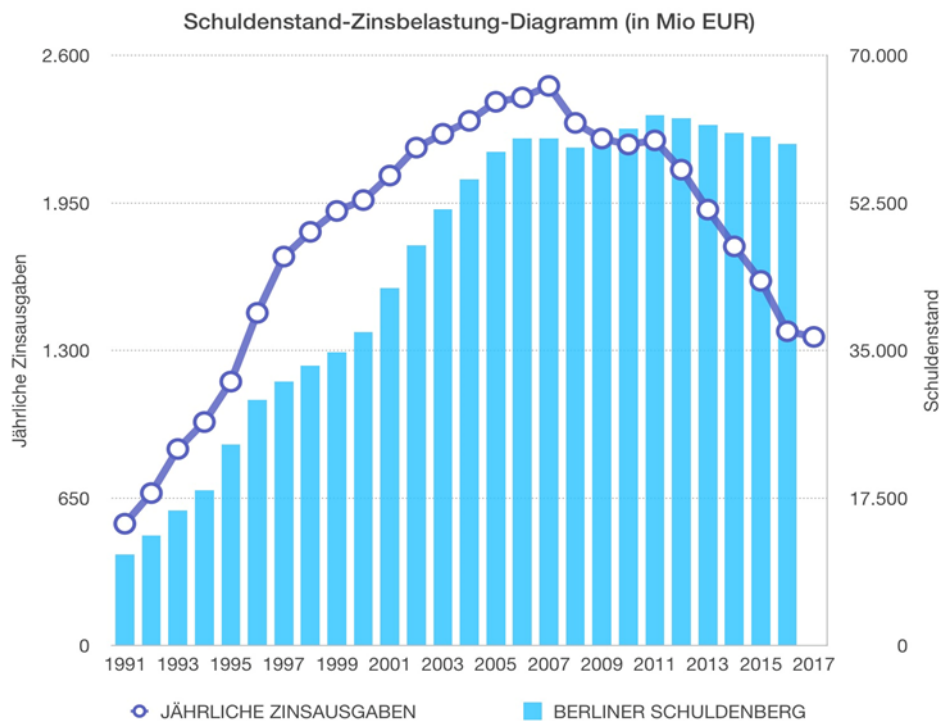
Einflussmöglichkeiten des Landes / Treiber der Einnahmeseite



Wichtige Einflussfaktoren

- Nationale und internationale wirtschaftliche Entwicklung
- Steuerrecht
- Bund-Länder-Finanzbeziehung
- Innerstaatliche und weltweite Wanderung
- Attraktivität des Standorts für Mensch und Kapital
- Wirtschaftsstruktur (Produktion & Dienstleistung)

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen



Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen, eigene Darstellung

Performance-Übersicht

Neben den Beratungen des Doppelhaushaltes 2018/2019 sind die Meilensteine der haushaltspolitischen Arbeit der AfD-Fraktion der Antrag zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung, der Antrag zur Änderung des SIWANA-Gesetzes, der Antrag ein Gutachten zur Höhe der Pensionsverpflichtungen nach Standards staatlicher Doppik jährlich erstellen zu lassen, der Antrag es dem Berliner Rechnungshof zu ermöglichen alle Beteiligungsunternehmen Berlins prüfen zu dürfen, sowie unsere steuerpolitischen Positionierungen (Antrag Senkung Grunderwerbssteuer, Ablehnung Erhöhung der Zweitwohnungssteuer). Zu diesen strategischen Anträgen kommen Anträge zum SODA-Gesetz und zur Aufklärung des Skandals „Pädophile Pflegeeltern“. Die Nachtrags- und Doppelhaushaltsberatungen und die fortlaufende Analyse des Haushaltsgebarens Berlins über Anfragen und Besprechungen haben gezeigt, dass der Senat bei entscheidenden Punkten mit „gezinkten Karten“ spielt. So mauert er z.B. bei der Darstellung der Zahlen des Szenarios einer dauerhaften Offenhaltung des Flughafens Tegel parallel zum Flughafen BER nach dessen - nach wie vor ungewissen - Eröffnung. Auch gibt es bislang keine Angaben zur Höhe der Pensionslasten oder gar der Nachhaltigkeitslücke und über den allgemeinen Gesamt-Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf der Öffentlichen Finanzwirtschaft Berlins; nach Aussage der Senatsverwaltung für Finanzen auch nicht intern, da es an einer effektiven Planungs-, Kontroll- und Rechnungslegungsmethodik mangelt. Ohne diese grundlegenden Informationen war und ist eine seriöse Haushaltsaufstellung jedoch schlicht nicht möglich. Entsprechend hat die AfD-Fraktion konsequent Berichtsaufträge erteilt, Plenar-, Berichts-, Änderungs- und Akteneinsichtsanträge gestellt sowie Besprechungspunkte angemeldet.

Plenaranträge

Senkung der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum (Drs.18/0067)

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (Drs.18/0180)

Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt 2017 (RN 0233 I)⁵

Schnellstmögliche Erforschung des Berliner Skandals „Pädophile Pflegeväter“ (Drs.18/0224)

Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung (Drs.18/0306)

Doppelbetrieb TXL und SXF/BER prüfen (Drs.18/0660)

Gutachten zur Höhe der Pensionsverpflichtungen nach Standards staatlicher Doppik jährlich erstellen (Drs.18/0743)

Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen (Drs.18/0765)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs.18/0915-1) zum CDU/FDP-Antrag zur Einsetzung eines BER-Untersuchungsausschusses⁶ (Drs.18/0915)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs.18/1033) zum SPD/Grüne/LINKE-Antrag zur Anpassung des Berliner Datenschutzgesetzes (Drs.18/1020)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs.18/1323 Neu-1) zum Antrag der Fraktion der CDU (Drs.18/1323 Neu) Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften

“BER 3.0” verhindern - HOWOGE nicht ohne Prüfrechte des Berliner Rechnungshofes Schulen für Berlin bauen, sanieren, unterhalten und betreiben lassen (Drs.18/1459)

Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt 18_19 (Drs.18/1440 Neu-2)

⁵ Qualifizierte Sperre für einen Teil der Flüchtlingsgelder bis Zahlengerüst vorliegt; Fünf Archivare für das Landesarchiv zwecks Unterstützung des Forschungsprojektes; »Die Unterstützung pädosexueller bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung«; Stärkung des Landschafts- und Naturschutzes

⁶ Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 18/0915, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen des im Bau befindlichen Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) – Untersuchung II

Plenarreden / Plenarfragen / RBB-Plenum-TV

- 24.11.16 Frage an SPD – Parteifunktionäre und -Staatssekretäre von Lobbyisten gebucht
- 12.01.17 Rede zum Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA ErrichtungsG)
- 26.01.17 Rede zum AfD-Antrag Senkung der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum
Rede zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt
RBB Heute im Parlament – Talk mit Senator Dr. Kollatz-Ahnen (SPD), Meister (FDP) und Dr. Brinker (AfD)
- 16.02.17 Rede zur 1. Lesung Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017 – NHG 17)
- 09.03.17 Rede zum Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA ErrichtungsG)
Rede zum AfD-Antrag Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (Drucksache 18/0180)
- 23.03.17 Rede zur 2. Lesung Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017 – NHG 17)
Rede Weiss (AfD) zur Einführung eines Erhaltungsmanagements für Straßen- und Brückeninfrastruktur
- 06.04.17 Rede Pazderski (AfD) zum Landesabgeordnetenfraktionsgesetz - 2. Lesung und Abstimmung
Rede Weiss (AfD) zum AfD-Antrag Schnellstmögliche Erforschung des Berliner Skandals „Pädophile Pflegeväter“
- 09.05.17 Rede zum Gesetz zur Änderung zweitwohnungssteuerlicher und übernachtungssteuerlicher Vorschriften
Rede zum AfD-Antrag Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
- 22.06.17 Frage an Senat – LRH-Bericht zu öffentlichen Baumaßnahmen ohne Bauplanungsunterlagen

- 06.07.17 Rede zum Jahresbericht 2017 des Rechnungshofes
RBB Heute im Parlament – Talk mit Hofer (SPD), Meister (FDP) und Dr. Brinker (AfD)
- 14.09.17 Frage an Senat – PwC-Gutachten über Profitabilität der Offenhaltung des Flughafen Tegels
Haushaltsgesetz 2018/2019 - 1. Lesung
- 19.10.17 Falschinformationen des Senats über Zahlen, Daten, Fakten einer Offenhaltung Tegels
- 14.12.17 Haushaltsgesetz 2018/2019 - 2. Lesung
- 25.01.18 Aktuelle Stunde Liegenschaftspolitik des Senats - was ist dran am "Gedächtnisschwund"?
- 11.01.18 Rede zum AfD-Antrag Gutachten zur Höhe der Pensionsverpflichtungen nach Standards staatlicher Doppik jährlich erstellen
- 25.01.18 Rede zum AfD-Antrag Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen (Beschluss des Senats von Berlin vom 15.12.2015)
- 28.06.18 Rede zum FDP-Antrag zur Senkung der Grundsteuer: Eine Steuer ohne Grund - Hebesatz für die Grundsteuer in Berlin auf Null senken
- 18.10.18 Rede zum CDU-Antrag zur Entwicklung des Teufelsberges: Mehr als ein Erinnerungsort: Den Teufelsberg als Sport- und Erholungsareal entwickeln!
- 15.11.18 Rede zum Senatsentwurf für einen Nachtragshaushalt 2018/2019: Berlin braucht jetzt einen sorgsamem Umgang mit öffentlichen Geldern, damit Schulden und Investitionen nicht dauerhaft auf den Rücken zukünftiger Generationen lasten!
- 29.11.18 Rede über den Antrag von SPD, Linken und Grünen zur Volksinitiative "Unsere Schulen"
- 29.11.18 Rede zum Antrag der Koalitionsfraktionen "Berliner Schulbauoffensive mit Hilfe der HOWOGE transparent und nachvollziehbar"
- 29.11.18 Rede zum Antrag der Linken zur 2. Lesung über "Siebtes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung"
- 13.12.18 Rede zum Antrag der SPD-Fraktion zum Thema "Ein guter Nachtragshaushalt für Berlin"

Akteneinsicht / Briefe

Antrag vom 12.07.17 auf Akteneinsicht nach Artikel 45 Absatz 2 VvB beim Berliner Finanzsenator *Dr. Kollatz-Ahnen* bezüglich Gutachten und Papieren zur Profitabilität der Offenhaltung Tegels

Schreiben vom 13.07.17 an Bundesverkehrsminister Dobrindt mit Bitte um Unterstützung bei dem Anliegen den Flughafen Tegel offenzuhalten

Schreiben vom 06.12.17 an den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH Herrn Prof. *Dr. Lütke-Daldrup*, Offene Fragen zur Problematik Offenhaltung Tegels

Antrag vom 06.12.17 auf Akteneinsicht nach Artikel 45 Absatz 2 VvB beim Berliner Finanzsenator *Dr. Kollatz-Ahnen* bezüglich PwC-Gutachten zur Profitabilität der Offenhaltung Tegels

Antrag vom 02.02.18 auf Akteneinsicht in die Aufsichtsratsprotokolle des Beteiligungsunternehmens Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH seit 2016

Schreiben Dr. Brinker/ Hansel vom 04.04.18 an Bundesverkehrsminister Scheuer mit Bitte um Unterstützung bei dem Anliegen den Flughafen Tegel offenzuhalten

Besprechungspunkte im Hauptausschuss (gemäß § 21 Abs. 3 GO des AGH)

4. Sitzung Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept)
6. Sitzung Wirksame Instrumente zum Controlling der Aktivitäten der FBB GmbH und zur Analyse der bisherigen Fehlentwicklungen
7. Sitzung Anmietung von Teilen des ehemaligen Tetra-Pak-Geländes in Berlin-Heiligensee zur Unterbringung von Flüchtlingen
9. Sitzung Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung des Flughafens Tegel
Kosten- und Finanzierungsübersicht
10. Sitzung (Geplante) Anhörung von David O'Brien (Chief Commercial Officer von Ryanair) und Prof. Elmar Giemulla (Experte für Luftrecht u. Luftverkehrsrecht, TU-Berlin) zur Offenhaltung des Flughafen Tegel (wurde von Regierungskoalition im Hauptausschuss abgelehnt)

Investitionsperspektiven am Standort Flughafen Tegel und damit zusammenhängende Sachverhalte (RN 0459, RN 0459-1)

- 13. Sitzung Investitionsperspektiven am Standort Flughafen Tegel und damit zusammenhängende Sachverhalte Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion (RN 0459 A)
- 15. Sitzung Zahlen, Daten, Fakten - Effizientes Luftverkehrssystem Metropolregion Berlin/Brandenburg (RN 0714)
- 18. Sitzung Bezuschussungsfähigkeit des Friedrichstadtpalastes nach demokratiefeindlichen Äußerungen der Intendanz und der damit verbundenen exkludierenden und umsatz-mindernden Neuausrichtung der Geschäftspolitik bzw. Ausgrenzung von Berliner Bürgern - EP 08, Kapitel 0810, Titel 68225, Zuschuss an die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH
- 29. Sitzung Finanzieller Mehrbedarf der FBB für den BER (RN 1136)
- 34. Sitzung Flughafen Tegel im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion berücksichtigen, Landesplanung neuen Erfordernissen zügig anpassen!“ (RN 1269)
- 35. Sitzung Sind Probleme wie kürzlich am Hamburger Flughafen aufgrund mangelnder oder fehlerhafter Investition auch in Berlin (TXL, SXF, BER) denkbar?; BER: Kommt der Aufsichtsrat seiner Pflicht nach, Schaden von der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH abzuwenden?
- 41. Sitzung Umgang mit Derivaten im Land Berlin (RN 1536)

Wissenschaftlicher Parlamentsdienst (WPD)

- 02.05.17 Welche Begrifflichkeiten und Formulierungen begründen eine Rügepflicht bzw. ein Rügerecht im Rahmen von Parlamentarischen Debatten?
- 23.05.17 EU-Vergaberechtliche Fragen bei Bauplanungsleistungen
- 18.12.18 Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit des „HOWOGE-ÖÖP-Modells“ im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive (BSO)

Anfragen

Wartezeiten in Bürgerämtern (Drs.18/10123)

Berlinovo und die Immobilienfonds (Drs.18/10411)

Aufsichtsratspositionen von Regierungsmitgliedern (Dr.18/10437)

Fragen zum Jahresüberschuss 2016 (Drs.18/10490)

Technikchef als Halbtagsjob - noch mehr Chaos am BER? (Drs.18/10532)

Finanzierungsgesellschaften landeseigener Unternehmen - werden die Schulden dieser Gesellschaften dem Landeshaushalt zugerechnet oder nicht? (Drs.18/11060)

Die Deutsche Bundesbank als Hausbank Berlins (Drs.18/11125)

Statistische Zuordnung der Schulden der „Fahrzeugfinanzierungsgesellschaft“ der BVG, für die dem Senat laut Plan ab 2020 Zinsen und Abschreibungen rückwirkend erstatten werden (Drs.18/11347)

Finanziert die EU auch kostenlose WLAN-Hotspots in Berlin? (Drs.18/11546)

Verfügbarkeit der Software VOIS in den Bürgerämtern bei Updates (Drs.18/11547)

Schadenersatzansprüche des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg gegen Veranstalter von "Raves" im Görlitzer Park? (Drs.18/11566)

Unter welchen Haushaltspositionen sind Ausgaben/Zuwendungen im Rahmen des „Kampf gegen Rechts“ bzw. zur „Stärkung der Demokratie“ zu finden? (Drs.18/11837)

Implizite Staatsschulden - Wie hoch sind die „Schattenschulden“ des Kernhaushaltes Berlins? - Teil 1 (Drs.18/12122)

Implizite Staatsschulden - Wie entwickelt sich die Generationenbilanz von Berlin? - Teil 2 (Drs.18/12123)

Implizite Staatsschulden – Wird das Geld der „Versorgungsrücklage des Landes Berlins“ durch links-grün-ideologisch ausgerichtete Investitionsvorgaben gefährdet? - Teil 3 (Drs.18/12124)

30-minütige Senatssitzung in Brüssel – Ausnahme oder Regel? (Drs.18/12253)

Offenhaltung Tegels - Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes des AGH vom 26.06.2013 zu den Voraussetzungen für einen dauerhaften Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel - Teil 1 (Drs.18/12455)

Offenhaltung Tegels – Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste Deutscher Bundestag zu den Voraussetzungen für die Weiterführung des Flughafens Berlin-Tegel – Teil 2 (Drs.18/12456)

„Details“ zu Optionen der Umsetzung der Schulbauoffensive? – Was gehört noch zum Sektor Staat? (Drs.18/12712)

Implizite Staatsschulden - Wie hoch sind die Pensionsverpflichtungen als Teil der „Schattenschulden“ des Kernhaushaltes Berlins? - Teil 4 (Drs.18/12781)

Unklare Vorgaben für EU-weite Vergabeverfahren – Kommt der Senat seiner Gesamtstädtischen Steuerungsaufgabe nach? (Drs.18/12847)

Gebrauch des Remonstrationsrechts durch Beamte in Berlin (Drs.18/13111)

"Spree-Athen" - Wie entwickelt sich die Inflation in Berlin tatsächlich? (Drs.18/13289)

Berlinovo - was steckt hinter dem Projekt "Valentin"? (Drs.18/13394)

Erwerb von BImA-Immobilien in Berlin - welche Strategie verfolgt der Senat? (Drs.18/13398)

„Details“ zu Optionen der Umsetzung der Schulbauoffensive? – Was gehört noch zum Sektor Staat? – Teil II (Drs.18/13752)

Die Last mit den Pensionen (Drs.18/13880)

Änderungen in der Notifizierungsfähigkeit der Finanzierung des Flughafen BER seitens der Europäischen Kommission (Drs.18/13877)

BER – 750 Monitore überholt. Was noch? (Drs.18/13879)

Kapazitätsengpässe am BER – Prof. Dr. Lütke-Daldrup sprach am 28.08.2017 beim VBKI von der absehbaren Notwendigkeit einer 3. Startbahn am Standort Schönefeld (Drs.18/13878)

Wie viele Funktionen haben die Türen am BER? Mühlenfeld vs. Lütke-Daldrup: Wer hat denn nun recht? (Drs.18/13953)

Warum beantwortet der Senat bestimmte Fragen nicht? - “Details” zu Optionen der Umsetzung der Schulbauoffensive? - Was gehört noch zum Sektor Staat? - Teil III (Drs.18/13954)

PwC-Gutachten zur Rentabilität einer Offenhaltung Tegels – Warum beantwortet der Senat die wichtigsten Fragen nicht? – Teil I (Drs.18/13955)

PwC-Gutachten zur Rentabilität einer Offenhaltung Tegels – Warum beantwortet der Senat die wichtigsten Fragen nicht? – Teil II (Drs.18/13956)

PwC-Gutachten zur Rentabilität einer Offenhaltung Tegels – Warum beantwortet der Senat die wichtigsten Fragen nicht? – Teil III (Drs.18/13957)

„Kunst am Bau“ – Welche Folgekosten haben sich ergeben? (Drs.18/13991)

„Spree-Athen“ - Wie entwickelt sich die Inflation in Berlin tatsächlich? – Teil II (Drs.18/13992)

Risikofrüherkennungssysteme nach KonTraG bei Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin (Drs.18/14035)

Fragen vom Senat nicht beantwortet - Kapazitätsengpässe am BER - Prof. Dr. Lütke-Daldrup sprach am 28.08.2017 beim VBKI von der absehbaren Notwendigkeit einer 3. Startbahn am Standort Schönefeld - Teil 2 (Drs.18/14036)

Faktencheck - Debatte in 21. Plenarsitzung zum AfD-Antrag „Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ (Drs.18/0765 Neu) - Redebeitrag der FDP (Drs.18/14764)

Faktencheck - Debatte in 21. Plenarsitzung zum AfD-Antrag „Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ (Drs.18/0765 Neu) - Redebeitrag der CDU (Drs.18/14771)

Die Last mit den Pensionen, Teil 2 (Drs.18/14829)

PwC-Gutachten zur Rentabilität einer Offenhaltung Tegels – Warum beantwortet der Senat die wichtigsten Fragen nicht? – Teil IV (Drs.18/14846)

Auftragsvergaben im Rahmen der Unterbringung von Asylbewerbern (Drs.18/14901)

„Spree-Athen“ - Wie entwickelt sich die Inflation in Berlin tatsächlich? - Teil III (Drs.18/14902)

„Kunst am Bau“- Welche Folgekosten haben sich ergeben? - Teil II (Drs.18/14903)

Warum ist das Eigenkapital der GEWOBAG so gering? (Drs.18/14926)

Was würde eine vollständige Besoldungsanpassung den Berliner Haushalt kosten? (Drs.18/14927)

Was bedeutet es, dass „Berlin 200.000 Ausländer vergessen hat“? - Teil 1 (Drs.18/14928)

Was bedeutet es, dass "Berlin 200.000 Ausländer vergessen hat"? - Teil 2
(Drs.18/14929)

Investitionsbank Berlin und EZB (Drs.18/15032)

Risikofrüherkennungssysteme nach KonTraG bei Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin - Teil 2 (Drs.18/15048)

Strategisches Controlling des Senats - Erkenntnisse nationaler und internationaler Forschungsinstitute belanglos? (Drs.18/15210)

"Kunst am Bau" - Welche Folgekosten haben sich ergeben? - Teil III (Drs.18/15211)

Beabsichtigt der Senat allen "Flüchtlingen" unabhängig von ihren "staatsangehörigkeits- und aufenthaltsrechtlichen Verhältnissen" Wohnungen zu verschaffen?
(Drs.18/15276)

Die Deutsche Bundesbank als Hausbank des Landes Berlin - Teil II (Drs.18/15325)

Plant der Senat allen Obdachlosen unabhängig von ihren "staatsangehörigkeits- und aufenthaltsrechtlichen Verhältnissen" Wohnungen in Berlin zu verschaffen?
(Drs.18/15330)

Vorkaufsrecht und Erwerbskosten für Wohnraum durch kommunale Wohnungsgesellschaften (Drs.18/15558)

Verordnung PR N. 20/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen - Teil 1
(Drs.18/15559)

Kosten des Gebäudeskans der Schulen (Drs.18/15596)

Kameralistik und Erweiterte Kameralistik vs. Doppik - Teil 1 (Drs.18/15597)

Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß Schalenkonzept) - Allgemein - Teil 1 (Drs.18/15672)

Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß Schalenkonzept) - Allgemein - Teil 3 (Drs.18/15674)

Fahrradparkplatz am Tag der offenen Tür des Abgeordnetenhauses Berlin, am 05.05.2018 (Drs.18/15557)

Auftragsvergaben im Rahmen der Unterbringung von "Asylbegehrenden" - Teil 3
(Antwort steht noch aus)

"Zockerpapier" mit Senatsunterstützung? (Drs.18/16572)

Versicherungsmathematisches Gutachten zur Bestimmung des Rückstellungsbedarfs aufgrund vorhandener Pensionsanwartschaften - Teil 1 (Drs.18/16636)

Versicherungsmathematisches Gutachten zur Bestimmung des Rückstellungsbedarfs aufgrund vorhandener Pensionsanwartschaften - Teil 2 (Drs.18/16637)

Drittelzugkonzept - Zwischenergebnisse der Markterkundung S-Bahn-Fahrzeug-Beschaffung - Teil 1 (Drs.18/16702)

Versicherungsmathematisches Gutachten zur Bestimmung des Rückstellungsbedarfs aufgrund vorhandener Pensionsanwartschaften - Teil 3 (Drs.18/16703)

Faktencheck Stellungnahme Volksinitiative "Unsere Schulen" - Teil 1 (Drs.18/17070)

Faktencheck Stellungnahme Volksinitiative "Unsere Schulen" - Teil 2: Veranschlagung von unrealistischen Investitionsvorhaben "perpetuum mobile" für den Wahlkampf (Drs.18/17072)

Güte des Schulgebäudeskans - Teil 1 - (Drs.18/17073)

"Unsere Schulen" bei der HOWOGE-Kostensteigerung von 1,2 auf 1,7 Mrd. Euro und EK-Zuführung von 300 Mio. Euro bei der HOWOGE - Teil 2 (Drs.18/17074)

Leerstehende Flüchtlingsunterkünfte in der Karl-Marx-Str. 269-273 (Drs.18/17075)

Tagessätze bei Flüchtlingsunterkünften (Drs.18/17076)

Faktencheck Stellungnahme Volksinitiative "Unsere Schulen" Teil 3: Realistische Kostenschätzungen (Drs.18/17077)

Beratungsfirmen des Senats (Drs.18/17147)

Was hat das "HOWOGE-BSO-Gutachten" von Prof. Beckers gekostet? (Drs.18/17166)

Kabelsalat am BER - wer bringt Ordnung rein? (Drs. 18/17283)

Welche konkreten Kriterien müssen erfüllt sein, damit Projekte in SIWANA veranschlagt werden können bzw. dürfen? (Antwort steht noch aus)

Nach welchem konkreten Prozedere erstellt der Senat die SIWANA-Bestückungsliste (Antwort steht noch aus)

Faktenscheck-Debatte in 21. Plenarsitzung zum AfD-Antrag "Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen (Drs. 18/0765Neu) - Redebeitrag der CDU - Teil 2 (Antwort steht noch aus)

Faktenscheck-Debatte in 21. Plenarsitzung zum AfD-Antrag "Änderung der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen (Drs. 18/0765Neu) - Redebeitrag der CDU - Teil 3 (Antwort steht noch aus)

Auftragsvergaben und Zahlungen ohne parlamentarische Kontrolle?
(Antwort steht noch aus)

Berichtsaufträge

Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins gemäß dem Schalenkonzept (RN 266 A-C)

Berichtsaufträge der AfD-Fraktion zur Beratung des Nachtragshaushalt 2017 (RN 0233 B)⁷

Schätzungen zu Unterbringungszahlen von Flüchtlingen, Mengengerüst Asylbegehrende für die nächsten Jahre zwecks Ermöglichung der anstehenden Doppelhaushaltsberatungen und vernünftiger Fünfjahres-Finanzplanung (RN 0316 B)

Anmietung der durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zu errichtenden modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF), Erläuterung der monatlichen Vorauszahlungen für Heizkosten sowie Betriebs- und Nebenkosten (RN 0391 A-1)

Gesamtübersicht flüchtlingsbedingter Ausgaben (RN 0500 G-1B)

Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung des Flughafens Tegel (RN 0355 A)

Grundlagen der Kalkulation der Mittelverwendung beim Punkt „UTR“ im Bericht (RN 0355 A)

Berichtsauftrag in 10. HA-Sitzung zu TOP 6 - RN 0459 u. RN 0459-1 „Investitionsperspektiven am Standort Flughafen Tegel und damit zusammenhängende Sachverhalte“ (RN 0459 A) – „55-Fragen-Katalog“

Berichtsauftrag in 27. HA-Sitzung zur Flughafengesellschaft – Ergänzte Wirtschaftsplanung / Auswirkungen auf Steuerentwicklung (RN 0057 D)

Berichtsauftrag in 28. HA-Sitzung zum PwC-Gutachten zur Rentabilität einer Offenhaltung Tegels, hier: Fragen 12 bis 20 (RN 459 F)

Berichtsauftrag in 28. HA-Sitzung zu Top 8 Holzmarkt/Eckwerk (RN 1053 C)

Berichtsauftrag in der 29. HA-Sitzung zur Berechnung des Regionalen Bruttoinlandsproduktes (RN 1135 D)

Berichtsauftrag in der 30. HA-Sitzung zum Einwohnerwachstum (RN 1135 E)

Berichtsauftrag bzgl. FBB GmbH Controllingberichte des Bürgermandatars PwC für die Aufsichtsratssitzungen

Berichtsauftrag bzgl. 42. HA-Sitzung zu TOP O „Ergebnis des vorläufigen Jahresabschlusses 2018“ (RN 1652 B)

⁷ U.a. 0730-68228 Zuschüsse Radverkehrsprojekte, 1250-70182 Modulare Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrenden, 1295-18141 Rückflüsse von Wohnungsbaudarlehen, 0814 Landesarchiv, 29 SIWANA-Investitionen/Nachhaltigkeitsfond

Pressemitteilungen

- 08.10.16 Brauchen Amtsankläger gegen Steuergeldverschwendung
- 13.12.16 Stadt wird schon bald neue finanzielle Talsohlen durchschreiten
- 09.01.17 Anhebung der Zweitwohnungssteuer trifft die Falschen
- 17.01.17 Messe-Aufsichtsrat / weitere Ausnahme für „Pattex“-Pop
- 19.01.17 Finanzpolitik trägt Mitschuld an steigenden Lebenshaltungskosten
- 23.01.17 Fremdschämen für Hauptstadtsubventionen
- 07.02.17 Zentrale Koordination der Schulsanierungen aus SIWA-Mitteln
- 13.02.17 berlinovo und die Immobilienfonds
- 15.02.17 Schulden tilgen, statt Geld im Stadtwerk versenken
- 17.02.17 Absurd hohe Zweitwohnungssteuer macht Berlin zum unsympathischen Raffke
- 08.03.17 Schulen schnell und bedarfsgerecht ausbauen
- 26.04.17 Konsolidierungspolitik muss fortgesetzt werden / AfD fordert Schuldenbremse in der Landesverfassung
- 30.05.17 50% des Haushaltsüberschusses für Schuldentilgung und 50% für Investitionen
- 21.06.17 Senat soll Forderungen des Landesrechnungshofes folgen
- 27.06.17 Ankündigungen, Behauptungen, fehlende Belege – Kollatz-Ahnens mediale Omnipräsenz als Schaulaufen für Müller-Nachfolge?
- 03.07.17 55 Fragen zur Klärung im Hauptausschuss / Tegel-Mehrkosten nicht nachvollziehbar
- 18.07.17 Steuerzahler-Gedenktag - Ausplünderung der Bürger muss ein Ende haben / Allgemeine Abgabengrenze ins Grundgesetz!
- 24.07.17 Keine Schattenhaushalte für Schulsanierungen
- 11.08.17 Trotz erstarktem Linksextremismus gibt Rotrotgrün mehr Geld „gegen Rechts“
- 22.08.17 Rückzieher bei CFM-Gehältern zeigt Unseriösität rotrotgrüner Finanzpolitik

- 28.08.17 2,3 Milliarden für BER-Luftschlösser sind weniger als eine Milliarde für TXL-Realität – die seltsame Mathematik der Flughafengesellschaft
- 19.09.17 1,3 Mrd. Euro Flüchtlingskosten in Berlin untragbar
- 20.09.17 Fakenews - Senat verbreitet falsche Zahlen über Tegel
- 20.09.17 Hansel (AfD): Rotrotgrüner Machtmissbrauch schwächt das Parlament und schadet der Demokratie
- 25.09.17 Pazderski (AfD): Rote Karte für Tegelpolitik - Jetzt Flughafenzukunft vernünftig planen
- 05.10.17 BdSt kritisiert zu Recht sorglosen Umgang mit Steuergeldern
- 21.11.17 Nähe der Grünen zu Straftätern kostet die Berliner Millionen / Steuer-
verschwendung muss endlich Straftatbestand werden
- 23.11.17 Viele offene Fragen zum BER / Hansel (AfD): Erneute Verzögerung po-
litisch nutzen
- 15.02.18 Kostenloser ÖPNV wäre ungedeckter Wechsel auf die Zukunft / Regie-
rung versucht, von Chaos bei Koalitionsbildung abzulenken
- 11.05.18 Vorschlag für Präsidentin des Rechnungshofes ist erneuter Fall von rot-
rotgrüner Postenschacherei
- 18.05.18 Baustellentour durch die Hauptstadt: Berliner Holzmarkt könnte Insol-
venz drohen
- 15.06.18 Bericht des Landesrechnungshofes bestätigt unsere
Haushaltspolitik
- 28.07.18 Tilge in der Zeit, dann drückt's nicht in der Not / Unerwarteter Steuer-
überschuss muss in die Schuldentilgung fließen
- 31.08.18 Kreditunwürdiger BER muss Vertrauen zurück
gewinnen
- 25.09.18 Kein Nachtragshaushalt für Verstaatlichungen und
linke Klientelprojekte
- 04.10.18 „Solidarisches Grundeinkommen“ ist Offenbarungseid der rotrotgrünen
Arbeitsmarktpolitik
- 19.10.18 Senat vergibt Chance zur Schuldentilgung
- 19.10.18 Opposition fordert mehr Geld für Schuldentilgung
- 25.10.18 Trotz Buchgewinnen: Landesunternehmen bleiben in
der Summe ein Zuschussgeschäft
- 06.11.18 Vorschläge vom Bund der Steuerzahler umsetzen

- 05.12.18 Geld für Zukunftsprojekte investieren, nicht für rotrotgrüne Klientelpolitik
- 19.12.18 Verfassungsmäßigkeit der HOWOGE-Verträge zur Schulbauoffensive sicherstellen / AfD gibt Gutachten in Auftrag

Haushaltsberatungen

Nach der Beratung des Nachtragshaushaltes 2017 folgten die intensiven Beratungen des Doppelhaushaltes 2018/2019. Die AfD-Fraktion stellte im Zuge von 48 Fach- und Hauptausschuss-Sitzungen über 390 Berichtsansträge und 419 Änderungsansträge. Dabei galt das Prinzip »Qualität vor Quantität«.

Bei stark sinkender Zinslast und *pro forma* steigender Einwohnerzahl erlangt das Land Berlin Mehreinnahmen, die überwiegend konjunkturell bedingt sind.⁸ Wer aber nachhaltig haushalten möchte, darf diese Mehreinnahmen nicht für strukturelle und langfristig nicht tragfähige Mehrausgaben verplanen.⁹

Trotz dessen lehnten es alle anderen Parteien ab, eine Generationenbilanz für Berlin oder ein Gutachten, wie das Verständnis darüber gestärkt werden kann, dass Privateigentum, Eigeninitiative und Wettbewerb - in Verbindung mit verantwortungsvollem Handeln - tragende Säulen einer gesunden Volkswirtschaft und einer gerechten Sozialordnung sind, aufzustellen.

Interessanterweise war der Senat nicht in der Lage die Höhe der Pensionslasten und den „Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf der Öffentlichen Finanzwirtschaft Berlins“ anzugeben. Man wisse zwar, was man plane für Investitionen auszugeben, aber nicht, wieviel man eigentlich investieren müsste, um den Bedürfnissen der Stadt gerecht zu werden.

Entsprechend lehnte die AfD-Fraktion den Haushaltsentwurf der Rot-Rot-Grünen Koalition wegen mangelnder Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ab.

Veranstaltungen

Vorbereitung der AfD-Fraktionsklausur 30.03. - 01.04.17

Veranstaltung des 3. Interfraktionelles Treffen der Haushaltspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen 15.01. - 16.01.18

Vorbereitung der AfD-Fraktionsklausur 01. - 03.03.18

⁸ Handelsblatt, 27.01.17, Flüchtlingskosten „Ein riesiges Konjunkturprogramm“

⁹ Neue Zürcher Zeitung, 15.09.17, Gastkommentar, »Die Flüchtlingskosten sind ein deutsches Tabuthema«

PRESSEINFORMATION

Dr. Kristin Brinker

»Ganz gleich, wie beschwerlich das Gestern war, stets kannst du im Heute von Neuem beginnen.«

»Wer geordnete Verhältnisse herbeiführen will, darf keine Angst vor Staub haben.«



Kontakt:

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Tel.: +49-30-23252661
Email: brinker@afd-fraktion.berlin

Persönliches

geb. am 06. April 1972 in Bernburg/Saale
verheiratet seit 1996

Beruflicher Werdegang/ Gesellschaftliches Engagement

2016-2012 Verwaltungsratsvorsitzende des Bundes der Steuerzahler Berlin e.V.
2005 Promotion an der Technischen Universität Berlin FB Architektur
seit 2000 Immobilienmanagement/Projektentwicklung
1999-1994 Architekturstudium an der TU Berlin
1994-1991 Bankkauffrau bei der Berliner Volksbank eG

Politische Arbeit

Mitglied der AfD seit Frühjahr 2013
Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin seit September 2016
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Haushalts- und Finanzpolitische Sprecherin der Fraktion / Hauptausschuss
Mitglied im UA Beteiligungsmanagement u. Controlling, UA Vermögensverwaltung,
UA Haushaltskontrolle (stellv. Vorsitzende), Stellv. Mitglied im U-Ausschuss „BER II“
Mitglied des Aufsichtsrats der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungs GmbH